

Antragsteller/in: Elsa Rassbach und Roland Blach, Manfred Diebold, Harald Fuchs, Ernst Gleichmann, Jürgen Grässlin, Stefanie Intveen, Martina Jäger, Susanne Jallow, Marion Küpker, Detlev Mielke, Brunhild Müller Reiß, Tommy Rödl, Leo Sauer, Hedwig Sauer-Gürth, Torsten Schleip, Joachim Schramm, Klaus Stampfer, Birgit Stelzmann und Michael Sünner

Der Bundeskongress möge beschließen:

Der Bundesverband unterstützt die Entwicklung einer bundesweiten Kampagne und vielfältige regionale Initiativen gegen die Anschaffung, Entwicklung, und Einsatz von Bundeswehr-Kampfdrohnen.

Die Planung und Finanzierung einer bundesweiten Kampagne zu Kampfdrohnen sowie eine mögliche Koordination mit anderen Organisationen werden in der AG "Kampfdrohnen" entwickelt und im Bundesausschuss der DFG-VK besprochen und abgestimmt.

Begründung:

Waffensysteme mit Kampfdrohnen sind für aggressive Einsätze gegen Bevölkerungen geeignet, die selbst über keine Luftabwehr-Verteidigung verfügen. Obwohl die unbemannten militärischen bewaffneten Flugobjekte populär als "Kampfdrohnen" bezeichnet werden, sind sie eigentlich reine Überwachungs- und Tötungsinstrumente für die Unterdrückung von Bevölkerungen, die nicht gegen diese Waffe zurückkämpfen oder sich wehren können. Außergerichtliche Hinrichtungen durch Drohnen sind Morde. Drohneneinsätze töten bekannterweise unzählige "Unbeteiligte", senken die Hemmschwelle zu größeren Kriegen, sind eine der Ursachen für Flucht sowie für den wachsenden Terrorismus, und untergraben auf gefährlicher Weise das internationale Völkerrecht und die Menschenrechte.

Das Überwachen-und-Töten mit Kampfdrohnen ist ein neues Paradigma des Kriegs, das zunehmend auch im Westen bei Grenzkontrolle und Polizeieinsatz intern in den zunehmend scharfen sozialen und politischen Auseinandersetzungen verwendet wird.

Das Verteidigungsministerium hat schon im Sommer 2012 den Wunsch verkündet, bewaffnete Kampfdrohnen für die Bundeswehr anzuschaffen. Durch den Widerstand in der Bevölkerung und den jahrelangen Einsatz der Friedensbewegung, der Kirchen, der NGOs

und vielen weiteren Organisationen sind die Pläne der Bundesregierung für die Anschaffung von bewaffneten Kampfdrohnen vorerst im Juni 2017 im Bundestag gescheitert.

Der Widerstand gegen Kampfdrohnen in Deutschland wird als international beispiellos und wegweisend anerkannt. In anderen Ländern sind Kampfdrohnen weitgehend ohne öffentlichen Debatten angeschafft worden. Auch die Protestaktionen und Blockaden um die Drohnen-Basen in Deutschland sind größer als in anderen westlichen Ländern.

Die Bundesregierung könnte und sollte auch eine wegweisende Rolle in den internationalen Bestrebungen spielen, dieses gefährliche Waffensystem unter internationale Rüstungskontrolle zu bringen und völkerrechtlich zu ächten.

Stattdessen möchte die Bundesregierung erneut versuchen, die Beschaffung von bewaffneten Kampfdrohnen für die Bundeswehr doch noch durchzusetzen. Sie hat vor, in der neuen 19. Legislaturperiode einen deutsch/israelischen Kampfdrohnen-Deal für die Bundeswehr unter Dach und Fach zu bringen. Das Verteidigungsministerium beteiligt sich auch mit italienischen, französischen, und spanischen Partner an der Entwicklung einer europäischen Kampfdrohne, die bis 2025 hergestellt werden soll. Die deutsche Waffenindustrie hofft hierdurch mit der Hilfe der Bundesregierung eine im weltweiten Waffenmarkt konkurrenzfähige Kampfdrohne verkaufen zu können. Bis 1945 war die deutsche Waffenindustrie in der Technologie für die Kriegsführung mit unbemannten Flugkörpern weltweit führend.

Die Bundesregierung beteuert, dass sie die Kampfdrohnen nur zum Schutz der Bundeswehrtruppen und nicht für völkerrechtswidrige Tötungen einsetzen wird. Jedoch signalisiert die Bundesregierung durch ihre Beihilfe für die völkerrechtswidrigen Tötungen durch einen NATO-Verbündeten, dass die Einhaltung des internationalen Völkerrechts für sie doch nicht so wichtig ist. Um die Möglichkeit zukünftiger völkerrechtswidrigen Drohneneinsätzen durch die Bundeswehr zu versperren ist es wichtig, dass die Bundesregierung schon jetzt auf allen Militärliegenschaften in Deutschland das internationale Völkerrecht, Verfassungsrecht und die Menschenrechte strikt einhält.

Von 2013 bis 2014 gab es ein bundesweite Vernetzung, die "Drohnen-Kampagne," woran sich die DFG-VK stark beteiligt hat. Diese hat vieles dazu beigetragen, Informationen zu Kampfdrohnen zu verbreiten und lokale Aktionen zum Thema anzuregen, zuletzt im weitgehend als erfolgreich gesehene "Globalen Aktionstagen gegen Kampf- und Überwachungsdrohnen" im Oktober 2014. 149 Organisationen, darunter der Bundesverband und viele Gliederungen der DFG-VK, hatten schon im März 2013 den Appell "Keine Kampfdrohnen" unterzeichnet. Jedoch ist diese Vernetzung in den letzten Jahren weitgehend auseinandergefallen. Arbeitsgruppen in verschiedenen Organisationen, wie auch in der DFG-VK, führen diese Arbeit fort.

Dringend notwendig heute ist eine breit angelegte, gut organisierte, bundesweite und von mehreren Organisationen getragene Initiative, um die Bevölkerung über die aktuellen Anschaffungs-, Entwicklungs- und Einsatzpläne für Kampfdrohnen für die Bundeswehr zu informieren und sie zu mobilisieren, so dass sie auf die Politik Einfluss nehmen kann. Die DFG-VK soll sich hieran beteiligen und könnte hierdurch auch viele neue Mitglieder gewinnen.